

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

13.11.1831 (Nr. 315)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 315.

Sonntag, den 13. November

1831.

Baden.

† Schluß der 133. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer vom 10. Nov.

Der Präsident eröffnet die Diskussion über diesen Antrag, für welchen sich größtentheils unbedingt die Abg. Rutschmann, Duttlinger, Merk, Fecht, Rindeschwender, Pössel, Veff, Wegel II., Schinzinger, Seltz, Aschbach und Welker erklären. — Der Letztere spricht: Die bisherige Verhandlung fordere ihn auf, in Beziehung auf zwei Punkte die thatsächlichen Verhältnisse näher zu beleuchten: 1) Das Verhältniß der Freiburger und überhaupt der badischen Universitäten zu Deutschland. Sicher habe Baden den gerechten Ruhm, nicht bloß mit Geld, sondern, was mehr ist, mit wissenschaftlichem Sinn und verständiger Einrichtung die höhere wissenschaftliche Bildung vorzugeweise gefördert zu haben. Allein in Beziehung auf die Geldunterstützung seien ihm in der neuesten Zeit die andern deutschen Staaten vorangeeilt; dies bemerke er nur, um jeden Vorwurf, als thue die badische Regierung bei den zwei Landesuniversitäten zuviel, gründlich zu beseitigen. Nach den glaubwürdigsten, von ihm der Regierung, und der Budgetkommission mitgetheilten Nachrichten sei dies nicht der Fall. Wenn er davon absehe, daß die geringste baier. Universität mit den noch neuerdings vermehrten ständischen Zuschüssen ein Einkommen von 85,000 fl., die württembergische Universität aber mit den geistlichen Universitätsanstalten eine Summe von 167,000 bis 177,000 fl. jährlicher Einkünfte beziehe, so verwendeten die beiden Hessen in der neuesten Zeit, nach Verhältniß der Seelenzahl, offenbar weit mehr für ihre Universitäten als Baden; Kurhessen namentlich 75,000 Rthlr., wozu noch ein bewilligter ständischer Zuschuß von 27,000 fl. komme. Da Kurhessen nun nicht halb so viele Seelen zähle als Baden, so stehe das Letztere, auch alle Dotationen mit einbegriffen (die Summe von 75,900 fl. für Heidelberg, und die reine Einnahme von Freiburg mit 41,292 fl.) noch bei Weitem nicht Kurhessen gleich, in dem, was es für seine Universitäten leiste, selbst wenn die beantragte Vermehrung von 15,000 fl. für Freiburg genehmigt würde. Wenn man also auch absehe, daß für die größeren Universitäten, z. B. die preussischen, oder für Göttingen, Leipzig u. s. w., für jede mehr als 150,000 Rthlr. jährlich verwendet werden, und noch nicht einmal daran denke, daß diese Verwendung auch ökonomisch dem Staate wieder zugute komme, so sei die beantragte Dotationserhöhung sicher nicht unbillig. Sie sei es um so weniger, da auch mit ihr Freiburg immer noch weniger beziehe, als irgend

eine Universität in Deutschland, nämlich nur 56,000 fl.; also sicherlich nicht über das Maaß der dringenden Bedürfnisse für eine würdige Existenz. 2) Das Verhältniß Freiburgs zu der andern Landesuniversität: Gerne sage er nach seiner Ueberzeugung, daß gewiß die Regierung keine Parteilichkeit in Beziehung auf die beiden Landesuniversitäten und die für sie interessirten Landesheile und badischen Staatsbürgerklassen je an den Tag gelegt habe. Aber es könnten im natürlichen Laufe der Dinge Ungleichheiten entstehen, welche ausgeglichen werden müßten, wenn nicht wenigstens Mißverständnisse entstehen sollten. Den Studenten, d. h. aber den zukünftigen Beamten des Landes sei bekanntlich die Universität die Welt. Die in Freiburg aber, und natürlich zum Theil auch ihre Eltern, könnten nicht begreifen, warum für Heidelberg das Doppelte verwendet werde, wie für Freiburg, und nährten, wenn sie in Freiburg ihre Studien nicht vollständig machen oder beendigen könnten, oder nachtheilige Lücken fühlten, natürlich eine Vorstellung der Zurücksetzung der Universität und des Landesheils, denen sie zunächst angehörten. Solchen Ansichten, und dem, was sich an sie knüpfe, zu begegnen, dieses sei ein wahres Landesinteresse. — Eventuell will Abg. Veff und mit ihm Abg. Gerbel das verwilligen, worauf der Bericht der Petitionskommission angetragen, nämlich 13,430 fl., Abg. Knapp aber nur 10,000 fl., indem er meint, das etwa noch Fehlende werde die Freiburger Stadtkasse gerne zulegen. (Zweifeläusserungen einiger Deputirten aus Freiburg.) — Abg. Winter von H.: Er sei geneigt, für die höheren Lehranstalten nicht karg zu verwilligen; allein für die Bestimmung einer runden Summe sei er nicht, indem er besorge, wenn man überhaupt verwillige, so werde das Geld nicht gerade dazu verwendet, wozu man es verwendet haben möchte. In gleichem Sinn spricht Abg. Schaaff: Er verwillige gerne mehr, als Abg. v. Mollet in Antrag gebracht, namentlich die ganze Forderung für das Klinikum, Polizeianstalten u. s. w.; allein er halte es nicht für räthlich, hier vom Grundsatz der Spezialität, den man sonst so streng handhabt, abzugehen. — Staatsrath Nebelius: Den Grundsatz strenger Spezialität, wovon der Abg. spreche, werde und könne die Regierung nie zugeben. — Der Abg. Puhl bringt die bei anderer Gelegenheit ausgesprochene Idee in Anregung, daß eine Universität für das Großherzogthum nöthigen möchte, und daß, wenn man die eine oder die andere in eine vollkommene Hochschule des bürgerlichen Lebens für die Industrie, Agrikultur u. s. w. umwandeln

würde, nicht nur das Land, sondern auch die Universitätsstadt, wo diese Anstalt gegründet werde, gewinnen müßte. Er denke übrigens nicht daran, jetzt solchen Antrag zu stellen; es werde wohl noch nicht an der Zeit sein. — Mehrere Deputirte, namentlich die Abg. von Rotteck, Duttlinger, Rindeschwender, Merk u. A. erklärten sich lebhaft und entschieden gegen diese Ansicht, insofern sich der Gedanke an die Aufhebung einer der Universitäten daran knüpfe. — Die Staatsräthe Winter und Nebenius aber bemerken: Sie würden es beklagen, wenn auch nur entfernter Zweifel an dem Fortbestehen bei der Hochschulen Wurzel fassen sollte; die Verfassungsurkunde garantire deren Existenz, wenn auch nicht andere Gründe vorhanden wären, sie zu erhalten; die Regierung denke so wenig daran, eine der Hochschulen aufzuheben oder umzuwandeln, daß sie sich schwerlich dazu verstehen würde, selbst wenn beide Kammern darauf antragen wollten. (Beifallszeichen.) — Der Berichterstatter, Abg. v. Jhstein, ergreift das Wort, und spricht: Er bitte, es nicht übel zu deuten, wenn er auf die harten Angriffe, welche von mehreren Rednern gegen ihn gemacht worden, nicht antworte; seine Ansichten vertheidige der Kommissionsbericht, worauf zu berufen er sich, um keine warmen Debatten herbeizuziehen, beschränke. „Mich leitete das Beste des Volkes, wie ich es erkannte, und glühender Eifer fürs Vaterland; ich kann mich geirrt haben, allein Nebenabsichten sind mir fremd, ich habe im Bericht, den man ungünstig genannt, Wahrheit gesagt, und bedaure, wenn die Wahrheit Schaden kann.“ — Der Präsident schließt die sehr interessante, an schönen Reden reiche Debatte, und bringt die Frage zur Abstimmung: „Ob mit Umgehung der Spezialität eine Summe im Ganzen verwilligt werden soll“, welche bejaht wird. Hierauf erfolgt die Abstimmung über des Abg. v. Rotteck Antrag (gespannte Erwartung) — er wird mit 27 Stimmen gegen 25 angenommen. — Die weiteren Anträge des Kommissionsberichts von 3 bis 7 werden ebenfalls, zum Theil nach kurzen Debatten zwischen den Abg. Rettig v. K., Herr, Duttlinger und v. Jhstein, angenommen. Erstere drei sprechen sich dabei gegen die Ueberlassung der Güter und Güter an den Staat zur Administration auf eine Reihe von Jahren aus, wobei Abg. Herr bemerkt, er halte dies für sehr gefährlich, und es komme ihm vor, wie wenn die Frau Nachbarin Seife leiht, mit dem Versprechen, sie nach vollendeter Wäsche zurückzugeben (Gelächter). — Bemerken müssen wir noch, daß in Beziehung auf eine Stelle des Kommissionsberichts Staatsrath Nebenius im Verlauf der Diskussionen erklärt, die Freiburger Universitätsrechnungen, welche er selbst geprüft, könne man als Muster von Klarheit aufstellen.

Nach den Beschlüssen der Kammer hat die Hochschule Freiburg zu beziehen für jedes Jahr pro 1831 — 33:

1) Aus eigenen Gefällen, Gütern, Kapitalien u. etwa	30,000 fl.
2) Aus Staatsmitteln	41,543 „
3) Zuschuß aus dem Stipendienfond	3,000 „
	<hr/>
	Summa 74,543 fl.

Vor dem Schluß der Sitzung legt der Abg. Rutschmann den vielseitig unterstützten Wunsch ins Protokoll nieder, daß nach einem durch den edlen von Wessenberg in der andern Kammer gestellten Antrag, auf jeder Landesuniversität eine Lehrkanzel für den Volksschulunterricht bei der theologischen Fakultät errichtet werden möchte.

Um 4 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Im gestrigen Blatt muß der Abg. Gerbel unter den Rednern für den Gretherschen Antrag in Betreff der Besoldungszulage des Geheimen Rathes Zacharia gestrichen werden.

† 134. öffentl. Sitzung der 2. Kammer am 11. Nov., unter dem Vorsitze des Präsidenten Föhrenbach. — Es werden neue Eingaben angezeigt: a) Eine Anzahl Einwohner von Mannheim bittet um vorwortliche Verwendung wegen Aufhebung der auf das Mehl gelegten Abgaben. b) Erinnerung des Jakob Nidderer von Mittelschaffenz, sein Krämereikonzeptionsgesuch betr. c) Vorstellung der Gewerbtreibenden von Schriesheim, um Milderung der Gewerbesteuer. d) Erklärung, unterzeichnet von 80 Einwohnern von Waldmühlbach, daß die vom Ortsvorstand eingereichte Petition in Betreff der Zehntabschaffung als keineswegs im Auftrag dieser Bürger zu betrachten sei. e) Wiederholte Bitte der Hubenbesitzer von Waldmühlbach, um Befreiung ihrer Hubengüter von der darauf ruhenden Zinslast. f) Bitte des Schullehrers Sättele von Wollmadingen, um eine Abschrift der von der Gemeinde gegen ihn eingereichten Beschwerden, wegen Ueberhäufung mit andern Vemtern und Nebenbeschäftigungen zum Nachtheil der Schule. Der Abg. Bader, indem er diese Bitte übergibt, eröffnet zugleich, daß derselben ein Attestat, bezeugt mit den Unterschriften des Ortsgerichts u. von 90 Bürgern von Wollmadingen, wodurch jene Beschwerdeschrift als eine lügenhafte und verläumderische erklärt wird, so wie ein vortheilhaftes Zeugniß des betreffenden Dekanats für den Lehrer beilegt. g) Durch den Abg. Ebstein, Beschwerde der Gemeinde Hilpertsau, Holz- und Laubberechtigung betr. h) Durch den Abg. Gerbel, Bitte des P. Maier von Bruchsal, um Verwendung, daß das zur Unterstützung im spanischen Feldzug verunglückter Soldaten verwilligt werdende Kapital auch für die Opfer anderer Feldzüge bestimmt werden möge. — Sämmtliche Eingaben gehen an die Petitionskommission.

Der 1. Sekretär Grimm verliest die Redaktion der Adresse wegen des Blutzehntens, welche genehmigt wird. Auf den durch die Abg. Duttlinger und v. Jhstein unterstützten Antrag des Abg. v. Rotteck beschließt die Kammer, inskünftige die Redaktionen in bedeutenderen Sachen jederzeit der betreffenden Kommission mitzutheilen.

Der Tagesordnung gemäß verliest Abg. Duttlinger den Kommissionsbericht über das höchste Rescript, d. d. 16. v. M., die Motion des Abg. Welcker wegen organischer Bervollständigung der Entwicklung des deutschen Bundes betreffend. — Der Antrag geht dahin: „Das Rescript nicht stillschweigend, sondern mit der Verwah-

zung zu den Akten zu legen, daß die Kammer die Wichtigkeit der darin ausgesprochenen Ansicht von der Unzulässigkeit der in der 115. Sitzung begründeten Motion nicht anzuerkennen vermöge.“ Der Bericht schließt mit den Worten: Die Kammer werde den Vorschlag zur mildesten Form der Verwahrung billigen, geleitet von dem Wunsche, die Werke, die sie auf den Ruf des edlen bürgerfreundlichen Großherzogs, des glorreichen Wiederherstellers der Verfassung in Frieden und Eintracht mit seiner Regierung begonnen, zur Förderung der Wohlfahrt des Landes in Frieden und Eintracht zu vollenden. (Bravo von den Sitzen der Deputirten.)

Der Staatsrath und Chef des Ministeriums des Innern, Winter, ergreift das Wort und spricht: „Die Regierung hat Ihnen ihre Ansicht und Meinung in dieser Sache offen und klar, wie immer, und in der Form zu erkennen gegeben, welche sie nach ihrer Ueberzeugung zu gebrauchen berechtigt ist. Sie hat ihre Ansichten auf einen Grund gebaut, welcher aus der Natur der Sache hervorgeht, und dem wohlverstandenen politischen Interesse des gesammten Deutschlands gemäß ist. Auf dieser Ansicht muß sie auch künftig konstant bestehen, und sie verfolgen. Sie hat aber nicht die Absicht gehabt, ihre Meinung Jemand aufzudringen, noch auch die Rechte der Kammer zu beschränken — das erstere nicht aus begreiflichen Gründen, das letztere nicht, weil sie es nicht hindern kann, daß die Kammer eine Diskussion über irgend einen Gegenstand wenigstens — beginne. Die Regierung hat aber in dem höchsten Rescript auf einen gewissen Fall hin auf die Ausübung eines Rechts hingedeutet, welches ihr unbestreitbar und unbestritten zusteht, und zu dessen Anwendung sie jeden Augenblick berechtigt ist; sie hat es aber in einer milden Form gethan, welche sie gern vorzieht, wenn nicht die Umstände sie zu einer andern nöthigen. Wäre die Sache aus diesem Gesichtspunkt betrachtet worden, so hätte der heutige Akt vielleicht gänzlich unterbleiben können.“

Der Abg. Schaaff, welcher sich schon geraume Zeit erhoben hatte, verlangt das Wort — heftiger, anhaltender — gesteigerter Ruf „zur Abstimmung“ von vielen Seiten — starke unruhige Bewegung verschiedener Art — der Präsident schließt die Diskussion, u. ruft den Abg. Schaaff wegen dessen Aeußerung: „Man habe gegen ihn das Mundfausrecht ausgeübt“ auf die Rüge des Abg. Duttlinger, zur Tagesordnung. — Der Antrag der Kommission wird sofort zur Abstimmung gebracht, und mit allen Stimmen gegen eine angenommen. — Der Abg. Winter von Heidelberg verlangt, daß ins Protokoll bemerkt werde, er habe dagegen gestimmt, Abg. Schaaff aber, daß bemerkt werde, er habe dafür gestimmt.!

Die Tagesordnung führt auf den Vortrag der Fortsetzung des Kommissionsberichts über das Ausgabenbudget durch den Abg. v. Jhstein, und zwar über die polytechnische Schule, wofür 15,000 fl. in Antrag gebracht werden. Druck und Vertheilung des Berichts wird beschossen.

Bevor in der Tagesordnung fortgeschritten wird, be-

geht der Abg. Rindeschwender das Wort, und spricht: Er müsse auf den Hergang von vorhin zurückkommen; die Kammer habe in zweifacher Hinsicht ein Unrecht begangen, einmal sei die Geschäftsordnung in mehreren Punkten verletzt worden, und dann — in Beziehung auf die Wichtigkeit der Sache, um die es sich handle, selbst; es sei unerhört, daß man einem Redner das Wort nehme, und die Diskussion schließe, ehe sie nur förmlich eröffnet war! Er verlangt, daß die Kammer dies erkenne, damit kein Präjudiz daraus erwachse. Dieser Ansicht treten mehrere Abgeordnete bei, namentlich Abg. Welcker, v. Tscheppe und Winter v. H., letzterer mit dem Anfügen, dem Abg. Schaaff sei Unrecht geschehen; er selbst auch würde gesprochen haben, wenn man es vergönnt hätte; er würde nachgewiesen haben, daß durch den Vortrag des Regierungskommissärs der Antrag der Kommission und nunmehrige Kammerbeschluß gänzlich neutralisirt sei. — Abg. Duttlinger vertheidigt das Verfahren der Kammer, und mit ihm der Abg. Merk, welcher äußert, es sei nicht nöthig und parlamentarisch, daß die schulgerechte Form immer ängstlich eingehalten werde; die Uebung, nicht der Buchstabe der Geschäftsordnung müsse hier entscheiden. Ihm pflichtet der Abg. Serbel bei, und nachdem auch der Abg. Fecht sich geäußert, den Abg. Schaaff habe die Nemesis erreicht; er fühle nun, was es heiße, einem Deputirten den Mund verschließen zu wollen, der Kammerpräsident hiernächst gegen die Vorwürfe, soweit sie ihn berühren, sich gerechtfertigt — ergreift der Abg. Schaaff das Wort, und verlangt, nachträglich gehört zu werden, was ihm — der Einsprache des Abg. Merk ungeachtet — verwilligt wird. Der Redner erklärt: Er habe für nöthig erachtet, nicht stillschweigend abzustimmen, sondern die Gründe seines Botums anzugeben, damit es nicht zu Mißverständnissen — wohl kaum in diesem Saale, doch vielleicht außer demselben — Anlaß gebe, indem man sich geneigt finden könnte, seine Abstimmung im Widerspruch mit seinen frühern Vorträgen in dieser Sache zu betrachten. Er habe nicht erst in der Sitzung vom 15. Okt., sondern schon früher, als die Welckersche Motion zum ersten Mal zur Sprache kam, sich gegen deren Begründung erklärt, aus dem Hauptgrunde, weil er bei der Masse von andern unstreitig zum Geschäftskreis der Kammer gehörenden, die materiellen Interessen des Volks zunächst betreffenden Arbeiten, es nicht für rathsam gehalten, daß man einen Gegenstand zweifelhafter Natur auf die Tagesordnung nehme; nachdem aber die Kammer beschlossen hatte, den Vortrag anzuhören, so mußte seine individuelle Ansicht der Achtung vor dem Beschlusse der Kammer weichen — einzig sie habe zu entscheiden, ob sie sich mit einem Gegenstand beschäftigen wolle; er halte daher die Einschreitung der Regierung in der Weise, wie sie geschehen, für nicht zulässig, und darum habe er gestimmt nach dem Antrage des Kommissionsberichtes. (Gut!)

Dieser Inzidentgegenstand wird verlassen, und der

Abg. Merk, zufolge der Tagesordnung, auf die Tribüne gerufen zur Erstattung des Kommissionsberichtes über den Gesetzesentwurf, die Grundbestimmungen der künftigen Gerichtsverfassung und die Art ihrer Einführung betr. — Druck und Vertheilung wird beschlossen. (Schluß folgt.)

† Auf die im gestrigen Blatt enthaltene Berichtigung des Herrn Abgeordneten von Ueberlingen bemerken wir in seiner Aufzählung von Beispielen, besonders in jenen, wo vom Versagen des Dienstes der Natur die Rede war, glaubten wir die Klage zu finden, deren in unserm Berichte Erwähnung geschehen. Es freut uns um so mehr, daß der Herr Abgeordnete Anlaß fand, unsere irrige Ansicht zu berichtigen, als wir bei unserer großen Achtung, ja Verehrung gegen das schöne Geschlecht, bei anscheinend so ungünstigem Urtheile tiefe Betrübniß empfinden mußten.

Frankreich.

Paris, den 9. Nov. Der Moniteur enthält heute mit begleitenden Bemerkungen, in denen er der Armee die höchsten Lobsprüche für ihr Benehmen bei dem belg. Feldzuge ertheilt, einen Tagesbefehl des Marschall Gerard an die Nordarmee. Durch denselben theilt ihr der Marschall einen Brief des Königs an ihn mit, worin ihm der König sagt, er könne wegen des schlechten Zustands der Wege seine Reise zur Nordarmee nicht ausführen, und bitte ihn, dies dem Heer bekannt zu machen, und ihm zu sagen, wie vollkommen es Frankreichs und seinen Erwartungen entsprochen habe.

Hr. v. Chateaubriand soll beabsichtigen, ein neues Journal „le Reparatour“ zu gründen.

Die Gazette sagt: Nach Briefen aus dem Haag hat König Wilhelm die 24 Artikel positiv verworfen. — Der National spricht davon, das Ministerium wolle ihn durch das Anbieten von Algier dafür gewinnen. — Der Messager zweifelt nicht an der baldigen Annahme jener Artikel durch König Wilhelm.

Der Lemys erzählt: Graf Pozzo di Borgo zeigt gegenwärtig in den Salons, daß sein Kaiser nur deshalb nicht großmüthig gegen die Polen sein könne, weil die alten Russen es unmöglich machten. Was übrigens jenes Volk betrifft, so verlangen England und Frankreich für dasselbe Zugeständnisse; Oestreich und Preussen halten sich jedoch neutral, weil sie glauben, daß Polen, auch wenn es eine Konstitution habe, dennoch russ. Provinz bleibe. Krakaus Neutralität wird aber auf jeden Fall erhalten. So kann man Beobachtung der Verträge von 1814 nicht hoffen.

Die Vorbereitungen zur Expedition gegen Don Miguel schreiten eifrig voran, und Don Pedro soll sich in einigen Tagen nach England begeben. Aus verschiedenen Häfen wird sich dann die gesammte Macht desselben, nach Beseitigung einiger Anstände, in Terceira vereinigen, und unverweilt an den Küsten von Portugal erscheinen.

Die franz. Blätter sprachen in der letzten Zeit viel von Verhaftungen von Anhängern der Legimität im Süden und Westen.

Der Dey von Algier hält sich gegenwärtig in Genua auf. Französ. Blätter erzählen, er denke daran, sich mit den Truppen des Kaisers von Marokko, die in der noch keineswegs unterworfenen Provinz Dran stehen, zu vereinigen, und so einen Versuch zu machen, sein Reich wieder zu gewinnen. — Gegen Vona soll man franz. Seits eine Expedition ausrüsten.

Deputirtenkammer vom 8. — Hr. Martin erstattete Bericht über das Armeebeförderungsgesetz. — Die Diskussion über das Rekrutierungsgesetz ward gendigt, und dasselbe mit 250 gegen 109 Stimmen angenommen. Hr. Luneau hatte vorgeschlagen, den Familien von Refraktärs Einquartierungen aufzulegen; der Siegelbewahrer erklärte sich jedoch dagegen, als gegen eine Ausnahmsmaßregel, und der Vorschlag ward verworfen, obwohl Hr. Luneau nachwies, daß der Kriegsminister früher selbst dazu gerathen hatte.

Großbritannien.

London, den 7. Nov. Im Courier liest man: Es verlautet in der City, nach glaubwürdigen Briefen aus Deal und Gravesend habe man dort Befehl erhalten, alle zur Expedition Don Pedros gegen Don Miguel gehörenden Schiffe in Beschlag zu nehmen, Drei Fregatten, Kongreß, Juno und Asia, sind bereits, wie wir hören, in den Händen der Regierung, und der Befehl erstreckt sich auch auf die übrigen Schiffe.

Der Globe sagt: Die Konferenz hat ihre Berathung über die Grenzen von Griechenland, in Folge der Ermordung des Grafen Capo d'Istria, vorläufig eingestellt.

Die gefürchtete Versammlung der Arbeiter, wegen der alle Minister zu einer Konferenz vereinigt waren, hat bisher noch keine Unordnungen veranlaßt. Man hatte indeß ausgedehnte Sicherheitsmaßregeln ergriffen, und an den Mauern anschlagen lassen, sie finde nicht statt. Allein die Anschläge wurden heute früh abgerissen, und um 11 Uhr waren, nach dem Courier, etwa 2000 Menschen versammelt, an welche ein Pastetenverkäufer eine Rede hielt; allein der Regen unterbrach ihn, indem seine Zuhörer sich fast alle verließen. — Nach dem Standard waren indeß um 2 1/2 Uhr auf dem bestimmten Platz, beim White Conduit House, etwa 7000 Individuen versammelt. Ebällichkeiten hatten keine stattgefunden; allein desto heftiger waren die Worte des Hausens, besonders gegen die Polizeidiener.

Die neue Londoner Brücke soll so schlecht ausgefallen sein, daß man bereits davon spricht, sie auf einige Jahre zu schließen.

Holland.

Haag, den 7. Nov. Bei Rijnwegen haben bereits die Arbeiten begonnen, um ein verschanztes Lager um diese Stadt zu errichten. Dasselbe wird sich vom Fort Krayenhof bis zum Hunnenberg erstrecken.

P o l e n.

Warschau, den 2. November. Die Offiziere der poln. Armee müssen die Stadt verlassen, wenn sie nicht eine spezielle Aufenthaltserlaubnis vom General Rautenstrauch erhalten.

P r e u s s e n.

Berlin, den 8. Nov. Heute erkrankten dahier an der Cholera 22 Personen, 14 genasen und 18 starben.

Der Hamb. Korresp. schreibt aus Berlin den 4. Nov. Dem Vernehmen nach, ist General Skrzynski hier angekommen und gedenkt nach Frankreich zu gehen. Den polnischen Offizieren in Elbing soll es nicht an Gelde fehlen, so daß diese verarmte Stadt dadurch etwas in Aufnahme kommen dürfte. Zur Bekleidung der polnischen Truppen sind bedeutende Tuchkäufe gemacht worden.

D e s t r e i c h.

Wien, den 5. November. Heute erkrankten an der Cholera 46 Personen, 34 genasen und 16 starben.

S c h w e i z.

Neuenburg. Mit der Unterwerfung des Obersten Bourquin dürfte die Spaltung im Kanton sich keineswegs schließen. Am 4. Nov. erschienen einige Insurgentenchefs in der Stadt, Euguer, die beiden Renard, Menron u. A., u. kündigten dem Obersten Forrer ihre Absicht an, die Waffen nicht niederlegen zu wollen. Der Oberst empfing sie nicht zuvorkommend. Eine ungeheure Volksmenge versammelte sich unterdessen vor dem Gasthofe zum Falken, jedoch ohne sich zu einer Insulte hinreißen zu lassen. Bei ihrem Weggehen soll Eb. Renard gesagt haben: »Wenn uns Bourquin verläßt, so machen wirs ohne ihn.«

B a i e r n.

München, den 9. Nov. Die gestrige Nummer der Tribüne ist abermals mit Beschlag belegt, und die Einsperrung des Redakteurs von kurzer Hand nochmals um 24 Stunden verlängert worden. »Unter solchen Umständen«, sagt derselbe, »bleibt uns nichts übrig, als die Verlegung des Blattes nach dem Rheinkreise zu beschleunigen.«

Kammer der Abgeordneten. — Gestern beschäftigte man sich mit Berathung eines Antrags auf Aufhebung eines die Rechte der Juden im Rheinkreis beschränkenden (noch kais. franz.) Dekrets von 1808. Die Kammer beschloß, die Regierung um Vorlage eines befalligen Gesetzesentwurfs zu bitten. Hierauf kam die Rückäußerung der Reichsräthe über den Cholera-Kredit zur Diskussion, und die Kammer verwarf, ihrem frühern Beschluß treu, die Modifikation der Reichsräthe, daß die Regierung den Kredit auch für andere, als die im Gesetzesentwurf ausgedrückten Bestimmungen verwenden dürfe. — Heute war die Diskussion über die den Rechenschaftsbericht betreffende Rückäußerung der Reichsräthe an der Tagesordnung. Nach ziemlich langen Debatten, ohne neue Ansichten, beschloß man mit geringer Majorität (10 und 9 Stimmen): 1. Die von der Kammer genehmigten Posten

von 22,219 fl. für Gemälde und 121,705 fl. für Baukosten in Brückenau nunmehr gleichfalls nachträglich zu bewilligen — dagegen 2. den Ausgaben für die Freskomalereien von 24,774 fl. (mit 60 gegen 58 Stimmen), für die Pinakothek von 349,619 fl. (mit 90 gegen 30), für das Kabinetsekretariat von 22,330 fl. (mit 193 gegen 16) und für die italien. Oper von 5512 fl. (mit 69 gegen 51) die Anerkennung zu verweigern. Endlich beschloß die Kammer mit 76 gegen 40 Stimmen: Die Staatsregierung solle den Ständen bei der nächsten Rechnungsablage die nicht genehmigten Summen als vergütete und eingebrachte Aktiva nachweisen.

K ö n i g r e i c h S a c h s e n.

Den Nürnberg. Korresp. schreibt aus Leipzig, den 6. Nov.: Abgesehen von der hier, wie anderwärts, durch bekannte Gründe erzeugten Unzufriedenheit, ist die Aufregung unter der hiesigen Bürgerschaft noch lange nicht so beschwichtigt, wie es die wahren Freunde der Ruhe und Ordnung wünschen. Vor einigen Tagen traf hier der Befehl ein, daß die Kommunalgarde nicht mehr, wie bisher, Tag und Nacht, 24 Stunden hindurch, die Wache am Polizeihause versehen, sondern jederzeit am Abend auf- und am frühen Morgen wieder abziehen solle. Erfreulich war es, zu bemerken, daß diese Anordnung ohne Störung vollzogen wurde; betrübend dagegen so manche Aeußerung. Man scheint sich auch hier noch immer nicht in den gewichtigen Grundsatz finden zu können, daß eine bewaffnete Macht nicht delibereiren dürfe.

H o h e n z o l l e r n.

Sigmaringen, den 6. Nov. So eben ist eine hochfürstliche Verordnung ergangen, nach welcher die Wahlen für die einzuberufenden Stände statt finden sollen, um mit denselben auf dem Wege der Vereinbarung das Verfassungsgeschäft zu berichtigen. — Der Fürst wird alle 14 Tage am Sonnabend öffentliche Audienz erteilen.

G r i e c h e n l a n d.

Der Senat hat nach Ermordung des Grafen Joh. Capo d'Istria, eine provisorische Regierungskommission aus den H. Augustin Capo d'Istria, Theodor Kolokotroni und Johann Koletti bestehend, niedergesetzt, und aus Dankbarkeit der Nation gegen ihren ewiges Preises würdigen Präsidenten, dessen Bruder Augustin Capo d'Istria zum Präsidenten dieser Kommission ernannt.

S t a a t s p a p i e r e.

Paris, den 8. Nov. 5prozent. 94, 70; 3prozent. 68, 00.

Frankfurt, den 10. Nov. Großherzogl. badische 50 fl. Lott. Loose von S. Haber sen. und Goll u. Söhne 1820 83½ fl. (Geld.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Macklot.

Auszug aus den Karlsruher Witterungs-
Beobachtungen.

11. Nov.	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind.
M. 7 $\frac{1}{4}$	28 $\frac{3}{4}$. 1,5 L.	3,9 G.	61 G.	SW.
M. 2	28 $\frac{3}{4}$. 0,8 L.	4,1 G.	62 G.	SW.
N. 8 $\frac{1}{4}$	28 $\frac{3}{4}$. 0,8 L.	4,8 G.	65 G.	SW.

Trüb und regnerisch.

Psychrometrische Differenzen: 0,7 Gr. - 0,8 Gr. - 0,8 Gr.

Kunst-Anzeige.

Heute, Sonntag, den 13. Nov., im Reithaus der
Großherzoggl. Garde du Corps,

Circus.

Die Trabanten oder Rummelpuß Wachtparade. Flora
und Zephir, und der Flug des Amor. Der Araber und
sein geliebtes Ross. Scene von Bapiist Loisset, Di-
rektor des königl. niederländ. Circus, königl. preuß. Ge-
neral-Concessionirter Direktor, und Stallmeister Ihrer
königl. Hoheiten der Prinzen der Niederlande.

Königl. Niederl.

Menagerie.

In Bezug auf die früher erlassene Anzeige, bringt
der Unterzeichnete hiermit ergebenst zur Kenntniß, seine
Menagerie und Schlangensammlung von neun verschie-
dene Schlangen, worunter vier Riesenschlangen sind,
nämlich: 1) Die Boa Constrictor, 13 Fuß. 2) Die gro-
ße Annaronde, das ist die schrecklichste von allen frie-
henden Thieren, 22 Fuß 120 Pfund. 3) Die große
Boa Constrictor, 24 Fuß 130 Pfund. 4) Die große
nordamerikanische Meerriesenschlange, welche noch nie in
Europa gesehen worden ist. — Die Fütterung der Schlan-
gen mit lebendigen Hühner und Kaninchen geschieht alle
Tage Nachmittags um 4 Uhr, worauf sodann die Fütte-
rung der Säugethiere auf eine besondere Weise mit Fleisch
erfolgt.

J. v. Dinter.

Todes-Anzeige.

Ich erfülle hiermit die traurige Pflicht, allen meinen
und den zahlreichen Freunden meines Bruders, des
Med. Dr. Joseph Rehmman, wirklichen kais. russi-
schen Staatsrathes und Leibarztes Sr. Maj. des Kais-
fers, Chef des Zivilmedizinalwesens für ganz Rußland,
Inhaber des kaiserl. russ. St. Annen- und St. Wladi-
mirordens, des großherzoggl. bad. Ordens vom Sährin-
ger Löwen und des kurfürstl. hess. Löwenordens, sowie
der russischen Zivilverdienstmedaille, mehrerer gelehrten

Gesellschaften Mitgliedes, von dessen Tode Nachricht
zu ertheilen. Er starb den 6. Okt. zu St. Petersburg,
in einem Alter von 52 Jahren, an der Cholera, welche
sich plötzlich zu einem seit 6 Wochen dauernden Sichte-
leiden gesellte.

Donauschingen, den 8. Nov. 1831.

Dr. Wilhelm Rehmman,
fürstlich fürstbergischer erster
Leibarzt.

Danksagung.

Für die durch Brand Verunglückten zu Steinbach
(Amts Wertheim) sind über Straßburg — von einem
badischen Bürger — 25 Franken an Unterzeichneten
überliefert worden, wofür diesem edlen Menschenfreunde
höflichst danket

Karlsruhe, den 7. Nov. 1831.

Bogt Schäßler von Steinbach.

Karlsruhe. [Messanzeige.]

Gebrüder Neustädter

empfehlen ihr wohl assortirtes Nadellager in
der hiesigen Messe, und bemerken, daß sie sich
nur noch bis Mittwoch hier aufhalten wer-
den.

Borzüglich empfehlen sie ihre schönen Na-
delbüchlein, welche 100 Nadeln von allen
Sorten enthalten, und nur 24 kr. das Stück
kostet.

Ihre Bude ist Nr. 40. bei Herrn Optikus
Lehmann, auf der Marstallseite.

Karlsruhe. [Messanzeige.]

J. B. Mauroner,

Aus Groeden in Tyrol,

empfehle seine fabrizirenden Tyroler Kinderpielwaaren, als Oll-
derruppen, alle Sorten in Holz geschnitzte Figuren und sonstige
dabin einschlagende Artikel. Auch hält derselbe ein vollständiges
Lager von Nürnberger, Pariser und andern Spielwaaren, Far-
ben in Kästchen etc., und verspricht bei reellster Bedienung die
billigsten Preise.

Seine Boutique während der Messe ist an der Seite des Mar-
stalls die erste am Schloß.

Karlsruhe. [Messanzeige.]

Dom. Gavio,

Optikus aus Mannheim,

empfehle sich während der hiesigen Messe mit seinen nach der op-
tischen Regel geschliffenen Augengläsern, concav wie convex,
und Perspektiven, grünen und blauen, gefaßt in Silber, Silber-
trott, vergolbet, Stahl, Horn und plattirt, Lorgnetten aller
Art, nach dem neuesten Geschmack, Fernrohren, achromatischen
Theaterperspektiven, Mikroskopen, Lupen, Schießgläsern, Lese-
gläsern, Edermomeiern und Flüssigkeitswaagen, für deren Rich-
tigkeit er garantirt, indem er sie selbst verfertigt. Er verspricht
die äußerst billigsten Preise, um sich in Zukunft zu rekomman-
diren. Seine Boutique ist auf der Marstallseite, gegenüber vom
Hrn. Haas.

Karlsruhe. [Mechanische]

Gebrüder Becker,

Leinenfabrikanten aus Derlingshausen bei Bielefeld, empfehlen sich mit einem Assortiment seiner Holländischer und Bielefelder gebleichter und ungebleichter Leinwand, so wie auch mit feinen leinenen Sacktüchern, versprechen reelle Bedienung und die billigsten Fabrikpreise. Haben ihre Bude an der Seite des Theaters.

Karlsruhe. [Dienstgesuch.] Ein junger Mensch der 5 Jahre bei einem Amte und 2 Jahre bei einem Amtsrevisorat gearbeitet hat, und als Theilungsscribent recipirt ist, sucht als Kommissär oder Aktuar sogleich unterzukommen. Nähere Auskunft gibt das Zeitungs-Komitee.

Weinheim. [Diebstahl und Fahndung.] Dem israelitischen Spezeriträger Joseph Schriesheimer zu Leutenhausen wurden in der Nacht vom 4. auf den 5. dieses unternverzeichnete Gegenstände mittelst Einbruchs aus seinem Kramladen entwendet, welchen Diebstahl wir der Fahndung wegen andurch zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Weinheim, den 5. Nov. 1831.
Großherzogliches Bezirksamt.
Ved.

Verzeichniß der entwendeten Gegenstände.

	fl.	fr.
Ohngefähr 50 Pfd. hellblaue Weberbaumwolle, à 45 fr.	37	30
• 50 Pfd. königblaue do., à 52 fr.	45	—
• 50 Pfd. mittelblau, à 48 fr.	40	—
• 40 Pfd. dunkelblau, à 1 fl. 8 er.	45	—
• 66 Pfd. englische Strickbaumwolle, à 1 fl. 36 fr.	105	—
• 34 Pfd. roth türkisch Garn, à 1 fl. 30 fr.	51	—
60 paar geschnittene Sohlen von Leder, à 20 fr.	20	—
4 1/2 Pfd. gelb Wachs, in 3 Scheiben bestehend, pr. Pf. 48 fr.	3	36
3 Dugend Stiefeisen, à 48 fr.	2	24
Eine papierne Schwachtel mit Band von verschiedenen Farben, im Werth zu	15	—
Ohngefähr 20 Pfd. weißen Zucker	6	40
5 ganze Zuckerbüte, im Werth zu	9	—
Ohngefähr 70 Pfd. Kaffee, à 24 fr.	28	—
Geld 21 Kronenthaler, in blau Papier gerollt	56	42
Preussische Thaler und verschiedene Münzsorten, ungefähr	100	—

Kastatt. [Diebstahl und Fahndung.] Dem Bogt Mungenast zu Iffezheim wurden in der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. mittelst Einbruchs und Einsteigen in seinen Laden folgende Gegenstände entwendet:

	fl.	fr.
19 Ellen Kallito mit rothen Blumen, im Werthe	4	26
16 do. lilla	4	48
12 do. rother Zig	3	—
12 do. blauer do.	3	—
36 do. Bremer Kordon, roth mit Blumen	12	—
32 do. schwarz u. blauer Manchester mit Streifen	16	—
52 do. Versch mit abgesetzten Blumen, blau und roth mit Streifen	26	—
316 do. baumwollene Zeuge verschiedener Art	52	40
66 do. do.	13	12
6 Pfd. Türkengarn	9	—
6 Pfd. blaue Strickbaumwolle	6	24
23 Stück rothe und blaubaumwollene Nadtücher	9	12
18 Stück mouffelinene Halstücher	9	—
Aus zwei Geldbladen in Kupfergelb	15	—

Wir ersuchen sämtliche Polizeibehörden, auf das Befohlene so wie auf die bis jetzt noch nicht bekannten Thäter zu fahnden, und im Entdeckungsfalle des einen oder andern sogleich polizei-

lich einzuschreiten, und uns zu benachrichtigen.

Kastatt, den 9. Nov. 1831.

Großherzogliches Oberamt.
Müller.

vdt. Piuma.

Karlsruhe. [Fahndung.] Katharina Walz von Durlach, welche nach geschlossener Untersuchung wegen Betrugs des Arrestes entlassen worden war, hat sich von ihrem Heimathsorte entfernt, bevor das Urtheil gegen sie ausgesprochen war. Wir ersuchen daher sämtliche Polizeibehörden, auf dieselbe zu fahnden, und sie im Verretungsfalle anher einliefern zu lassen.

Karlsruhe, den 4. Nov. 1831.

Großherzogliches Stadtm.
Baumgärtner.

vdt. Bleiborn.

Signalement
der Katharina Walz.

Sie ist 28 Jahre alt, 5' groß, von schlanker Statur, hat dunkelbraune Haare, niedere Stirne, blonde Augenbraunen, graue Augen, gewöhnlichen Mund und Nase, rundes Kinn, ovale Gesichtsförm, gesunde Gesichtsfarbe und schlechte Zähne.

Bruchsal. [Weinversteigerung.] Von dem Unterverzeichneten werden am

Montag, den 28. Nov. d. J.,

aus dem hiesigen Schloßkirchenteller in beliebig kleinen Quantitäten ohngefähr 30 Fuder Wein, in nachbenannten Gattungen, dem Verlaufe in öffentlicher Steigerung ausgesetzt, und zwar:

1802r Ungsteiner.
1811r desgleichen.
1822r Kuppertsberger Traminer.
1822r Königsbacher rother.
1822r desgl. weißer.
1822r Wechheimer.
1822r Weishofer.
1822r Wachenheimer.
1819r Marktgräfer.

Die Weine sind rein gehalten und von der vorzüglichsten Qualität. — Die Steigerung geschieht vor den Fässern, wo auch noch ohngefähr

300 Bouteillen Champagner 1. Sorte,
100 " Bordeaux,
100 " Malaga,
100 " Extract d'Altkb,
50 " Rhum und
50 Krüge bestes altes oberländer Kirschentwasser

in Verkauf kommen.

Bruchsal, den 1. Nov. 1831.

Georg Sind.

Bruchsal. [Weinversteigerung.] Unterzeichneter läßt bis Donnerstag, den 17. dieses Monats, Morgens von 9 — 12 und Nachmittags von 2 — 4 Uhr, in seiner Wohnung dahier, nachstehende rein gehaltene Weine, die feinem Ohm- und Halbboheweise, die geringern in Fuder und Halbfuder, öffentlich versteigern, als:

5 Fuder Neuenbürger	1819r,
5 " Bruchsaler	1819r und 1822r,
2 " Kuppertsberger	1822r,
5 " Hambacher	1802r und 1811r,
1 " Weisheimer	1811r,
1 " Korster	1798r,
1 1/2 " Hochheimer	1802r.

Die Proben werden am Faß abgegeben.

Bruchsal, den 5. Nov. 1831.

Hofrath Dr. Siegel.

Karlsruhe. [Futterlieferungsafford.] Für

die Stall- und Winterfütterung der Großherzogl. Infanterie-Schäferreien für 1831 bis 1832 werden — im Wege der Soumission — 6000 Ctr. Heu und Oehnd, 4000 Bund Stroh, und 100 Mtr. Haber, an den Wenigstnehmenden vergeben. Die Auktionsbedingungen können auf diesseitigem Bureau eingesehen werden, und die Liebhaber haben ihr Angebot versiegelt an unterzeichnete Stelle einzuschicken, wozu ein Termin bis

Montag, den 21. d. M., gegeben wird, an welchem Tage die Soumissionen eröffnet werden. Karlsruhe, den 8. Nov. 1831.

Großherzogliche Schäferadministration.
Dr. Herrmann.

Karlsruhe. [Pferdeversteigerung.] Nächstem Montag, den 14. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden im Kasernenhofe zu Gottesau 1 Reit- und 8 Zugpferde, gegen baare Bezahlung, öffentlich versteigert. Karlsruhe, den 10. Nov. 1831.

Aus Auftrag des Großherzogl. Kommando der Artilleriebrigade.
v. Froben, Rgmsfr.

Mannheim. [Pferdeversteigerung.] Mittwoch, den 16. dieses, Vormittags 11 Uhr, werden in der Freiberlich von Eichthalischen Behausung, Lit. N 1 Nr. 3 dahier, zwei sehr gut gehaltene und eingefahrene englisirte Wagenpferde an den Meistbietenden, gegen gleich baare Zahlung, versteigert werden.

Mannheim, den 4. Nov. 1831.
Großherzogliches Stadtkanzleirevisorat.
Leers.

Mahlberg. [Nindenversteigerung.] Mittwoch, den 16. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr, wird in der Oberforstamtkanzlei dahier die Versteigerung der in den herrschaftlichen Waldungen sich ergebenden Eichenrinden vorgenommen werden; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Mahlberg, den 4. Nov. 1831.
Großherzogliches Oberforstamt.
v. Schilling.

Karlsruhe. [Wau- u. Nusholzversteigerung.] Freitag, den 18. d. M., Morgens 8 Uhr, werden in dem f. g. Eilmorgenbruch, Durlacher Stadtwalds, gegen

59 Stämme fehlgefallene Holländer-Eichen, welche sich noch zu vorzüglichem Bau- und Nusholz eignen, öffentlich versteigert werden; wozu wir die Steigerungsliebhaber mit dem Bemerken hiemit einladen, daß sie sich an obgedachtem Tag und Stunde bei der Durlacher Schleifmühle, nächst dem f. g. Eilmorgenbruchwald, zu besagter Versteigerung einfinden können.

Karlsruhe, den 6. Nov. 1831.
Großherzogliches Forstamt.
Fischer.

Lahr. [Schulden-Liquidation.] Gegen den Bürger und Schloßweber August Lindenlaub von hier ist Gant erkannt, und Tagsfahrt zur Verhandlung über die Liquidität der Schulden und den Vorzug, dann die Bestellung und Bezeichnung des Masseverwalters, auf

Donnerstag, den 24. Nov. d. J., Vormittags 8 Uhr, auf diesseitiger Oberamtskanzlei festgesetzt, wo alle diejenigen, welche Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, bei Vermeidung des Ausschlusses ihre Forderungen und allenfallsigen Vorzugsrechte selbst, oder durch gehörig Bevollmächtigte, unter Vorlage der Beweisurkunden, anzumelden und zu begründen haben.

Zugleich haben die Gläubiger ihre Erklärung über den etwaigen Vergleich abzugeben, und die Richterscheidenden werden hinsichtlich des Vergleichs als der Stimmenmehrheit der erschienenen Gläubiger beifolgend betrachtet werden.

Lahr, den 25. Okt. 1831.
Großherzogliches Oberamt.
Lang.

Stoßach. [Schuldenliquidation.] Gegen Ferdinand Waibel von Nenzingen, ist Gant erkannt, und Tagsfahrt zur Schuldenliquidation auf

Montag den 23. November d. J. Vormittags 8 Uhr angeordnet, wozu dessen Gläubiger unter dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der vorhandenen Masse hiermit vorgeladen werden.

Stoßach den 25. Oktober 1831.
Großherzogl. Bezirksamt.
Mehmer.

Bühl. [Aufforderung.] Im April 1829 ist der hiesige Bürger und Barbierer Johannes Meppert, welcher seit dem Jahre 1820 mit der vorhin Friedrich Geißler'schen Wittve verheiratet war, ohne Leibeserben und ohne über seine in 792 fl. 46 kr. bestehende Verlassenschaft verfügt zu haben, gestorben. Nach ungewisser Nachricht soll derselbe aus Waltenburg im Königreich Sachsen gebürtig sein.

Es werden daher alle diejenigen, welche Erb- oder sonstige Ansprüche, aus was immer für einem Rechtstitel an die Verlassenschaft des Erblassers zu haben glauben, aufgefordert, solche binnen Jahresfrist

bei diesseitiger Stelle anzumelden, widrigenfalls die Verlassenschaft an die sich angemeldeten Erben ausgefolgt, oder im Falle sich keine gesetzlichen Erben melden würden, die Verlassenschaft alsdann im Wege der außerordentlichen Erbfolge ihre Erledigung erhalten solle.

Bühl den 25. Oktober 1831.
Großherzogliches Bezirksamt.
Häselin.

vdt. Kunz.

Bühl. [Erbyorladung.] Leonhard Straub von Rappel-Windeck, verließ seine Heimath im Jahr 1809, und ließ bis dahin von seinem seitherigen Aufenthalte keine Nachricht gelangen. Seine zurückgelassene kinderlose Ehefrau, Agatha geborne Fröh, verwaltete das ungetheilte Vermögen bis zu ihrem Absterben am 15. Juni d. J.

Nach der gefertigten Verlassenschaftsberechnung würde das ganze vorhandene Vermögen den Erben der Straub'schen Ehefrau zufallen.

Leonhard Straub, oder dessen Erben, so wie die etwa vorhandenen unbekannteten Erben seiner Ehefrau werden daher aufgefordert, sich

binnen Jahresfrist bei diesseitiger Behörde zu melden, um die betreffende Verlassenschaftsberechnung anzuerkennen, oder ihre etwaigen Einwendungen dagegen zu erheben, so wie auch den ihnen treffenden Erbtheil in Empfang zu nehmen, widrigens nach Umfluß der festgesetzten Frist das vorhandene in 170 fl. bestehende Vermögen nach Maßgabe der aufgestellten Berechnung an die nächsten bekannten Anverwandten der Leonhard Straub'schen Ehefrau nach den gesetzlichen Bestimmungen verabsolgt werden würde.

Zugleich werden sämtliche Gläubiger mehrererwähnter Verlassenschaft zur Begründung ihrer Ansprüche in dem anberaumten Termin bei Vermeidung der gesetzlichen Nachtheile aufgefordert.

Bühl, den 18. Oktober 1831.
Großherzogl. Bezirksamt.
Häselin.

vdt. Kunz.